

EU-Projekt gegen linken Massenprotest

Die Europäische Union hat sich ein neues Projekt zur Handhabung politischer Proteste zugelegt: **"Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe" (GODIAC)** vereint 20 Partner aus 11 Ländern und wird von der schwedischen Polizei geführt. Die erste von 10 Feldstudien wird anlässlich des jüngsten Castor-Transportes im Wendland erstellt.

Bereits mit dem Programm Coordinating National Research Programmes on Security during Major Events in Europe (EU-SEC), das im Rahmen der Europäischen Sicherheitsforschung angesiedelt ist und in die zweite Stufe verlängert wurde, wollten die Projektpartner aus 22 EU-Mitgliedsstaaten Standards für "polizeiliche Großlagen" entwickeln. **Als sogenannte "Major Events" gelten etwa Gipfelproteste, aber auch Sportereignisse wie Fußball-meisterschaften oder olympische Spiele.**

 EU-SEC II läuft 2011 aus und hat unter anderem geholfen, einen "Leitfaden" für europäische Polizeien zu entwerfen. Darin wird unter anderem geraten, frühzeitig Daten über erwartete Demonstranten auszutauschen, Reisesperren zu verhängen, möglichst früh gute Beziehungen zur Presse aufzubauen und die Informationshoheit zu behalten. Die Staatsanwaltschaften werden zu einer hohen Zahl von Verurteilungen angehalten.

Der "Leitfaden für die Polizei- und Sicherheitsbehörden zur Zusammenarbeit bei Großveranstaltungen mit internationaler Dimension" wird vom Europäischen Rat als Empfehlung herausgegeben und widmet sich "großen gesellschaftlichen Veranstaltungen oder politischen Tagungen auf hoher Ebene wie z.B. G8-Gipfeltreffen". **Gefordert wird zudem eine ständig aktualisierte "Beurteilung der Bedrohungslage", indem etwa "Angaben zu Einzelpersonen oder Gruppen" übermittelt werden, "die sich voraussichtlich zum Ort der Veranstaltung begeben werden und als potenzielle Bedrohung der öffentlichen Ordnung und/oder Sicherheit gelten".** Im Dokument wird konkretisiert, dass hiermit "**bekannte potenzielle Demonstranten**" gemeint sind. Daten über ihre Reisebewegungen sollen demnach nicht nur an das austragende Land gesandt werden, sondern "auch anderen betroffenen Ländern - d.h. Durchreise- bzw. Nachbarländern.

Um was geht es?

In diesem Flyer drucken wir den Teil eines Artikels von Matthias Monroy, den er am 12.1.2011 auf der Internet-Informations-Plattform „telepolis“ veröffentlicht hat.

Es geht um EU-weite Pläne zur weiteren Ausweitung von Datenerfassung und -zusammenführung von Daten über Menschen, die sich grenzüberschreitend an Protesten unterschiedlichster Art beteiligen.

Besonders im Zusammenhang mit Großveranstaltungen wie Fußballspielen und Klimagipfeln, aber auch in anderen Zusammenhängen, wo mit Protesten von Umweltaktivisten, Globalisierungs-, Atomenergie- oder Militärkritikern zu rechnen ist, sollen umfangreiche Daten ausgetauscht, und den Polizeibehörden neue weitreichende Befugnisse erteilt werden.



Wer in das Raster dieser Systeme fällt, muss unter Umständen mit ständiger Überwachung seiner Reiseaktivitäten sowie mit Repressionen oder Reiseverboten rechnen.

Dass bei alledem wesentliche Grund- und Menschenrechte beeinträchtigt und eingeschränkt werden sollen, stimmt nachdenklich.

Darum dieser Flyer.

Der vollständige Artikel von Matthias Monroy:
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/34/34000/1.html>

Herausgeber dieses Blattes:

AK Vorrat, Ortsgruppe Hannover
Stand: Januar 2011
<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Mehr Infos zum Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung:
www.vorratsdatenspeicherung.de

V.i.S.d.P.
Michael Ebeling, Kochstraße 6, 30451 Hannover,
micha_ebeling@gmx.de

Dieser Flyer steht unter Creative-Commons-Lizenz: [by-nc-nd](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/)



GODIAC

Ein neues EU-Projekt
zur Sicherung von Großveranstaltungen
-
mit Risiken und Nebenwirkungen
für europaweite Bürgerprotestbewegungen?

Polizei in Niedersachsen will Trendsetter werden

Nach Ende von EU-SEC soll jetzt GODIAC für die nötige Feinabstimmung unter den europäischen Polizeien sorgen. GODIAC wird vom Swedish National Police Board geleitet und verfügt für die 10 Feldstudien über 1.206.431 Euro. Das Projekt ist zu 70% durch die EU-Kommission für Justiz und Inneres finanziert, den Rest spendiert die schwedische Polizei. Zum Projektende im Juli 2013 sollen Ergebnisse auf einer Konferenz in Stockholm präsentieren.

GODIAC adressiert Bewegungen, die angesichts fortschreitender Globalisierung auch ihren Protest zunehmend grenzüberschreitend organisieren. In der Projektbeschreibung werden die Gipfel von 2009 aufgeführt, darunter der NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden, der G20-Gipfel in London und der G8-Gipfel im italienischen Erdbengebiete in L'Aquila.

Als "Problem" wird umrissen, dass die Gipfel jeweils "Tausende internationaler Demonstranten und Aktivisten" mobilisieren, die Gipfel andererseits immer wieder auch zu lokalen Protesten führen würden. Diese "Internationalisierung" würde zudem mit einer Entwicklung neuer Taktiken einhergehen, die eine "große Herausforderung für Polizeibehörden in ganz Europa" darstellten. GODIAC will fortan polizeiliches Wissen über "Demonstranten und Aktivisten, ihre Ideologie, Mobilität und Strategien gegenüber der Polizei" ebenfalls internationalisieren.

Zu den 20 beteiligten Organisationen gehören 11 Innenministerien und Polizeien aus den Mitgliedsstaaten, darunter aus Österreich, Zypern, Ungarn und Großbritannien. Rumänien ist sowohl mit dem Ministerium als auch mit seiner paramilitärischen Gendarmerie vertreten. Deutsche Projektpartner sind die Polizei Niedersachsen und die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster. Die anderen beteiligten nationalen Polizeihochschulen werden ergänzt durch weitere "Partner", darunter die EU-Polizeihochschule CEPOL, die angehalten ist, die polizeiliche Zusammenarbeit innerhalb der EU zu standardisieren und zu evaluieren und für GODIAC die Nutzung ihrer Internet-Plattform beisteuert.

Castor durchprügeln, NATO-Gipfel abschirmen, rechtsextreme Feier schützen

Die erste Feldstudie führte GODIAC beim letzten Castor-Transport im Wendland durch, als Tausende Aktivisten von "Castor? Schottern!" durch den Einsatz von über 2.000 Reizgaskartuschen am erfolgreichen Widerstand gehindert wurden. Bis heute ist zudem nicht aufgeklärt, ob für anwesende ausländische Polizisten die hierfür nötigen Amtshilfeersuchen bzw. deren Genehmigungen ergangen waren. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärt der niedersächsische Innenminister Schönemann, dass "insgesamt acht Angehörige der Polizeien Schwedens, der Niederlande, Portugals, Österreichs und Englands sowie ein ungarischer Wissenschaftler" für GODIAC die Castor-Proteste beobachteten. Die ausländischen Polizisten waren hierfür vom Sozialwissenschaftlichen Dienst der Zentralen Polizeidirektion unterstützt worden und führten "Interviews mit Polizeibeamten sowie Demonstrations-Teilnehmern" durch.

Die europäischen Projektbeteiligten hatten den Start von GODIAC nicht wie sonst üblich bekanntgegeben. Auch auf Webseiten der deutschen Hochschule der Polizei, der EU oder ihrer Forschungsvorhaben sucht man das Projekt vergeblich. In Deutschland war GODIAC erst anlässlich parlamentarischer Anfragen über die Anwesenheit der ausländischen Polizisten beim Castor-Transport bekannt geworden. Wenige Wochen später war das bislang einzige schriftliche Dokument bei der britischen Bürgerrechtsplattform Statewatch aufgetaucht.

Laut Ansgar Burchard, Angehöriger der deutschen Hochschule für Polizei, sind bisher erst drei Feldstudien verabredet worden. Nach dem Castor trafen sich die GODIAC-Polizisten ausgerechnet im November 2010 beim NATO-Gipfel in Lissabon, wo Aktivisten der internationalen Friedensbewegung von portugiesischen Grenzbeamten daran gehindert wurden, an den Demonstrationen teilzunehmen. "Dies ist das Ende der Demokratie", kommentierte einer der Organisatoren eines Gegenkongresses, zu dem deshalb nur ein Drittel der erwarteten 300 Teilnehmer erschien. **Mindestens 150 Demonstranten wurden an der Grenze zurückgeschickt. Grundlage hierfür waren unter anderem die vom deutschen BKA temporär zur Verfügung gestellten Daten deutscher Demonstranten.**

Als nächstes haben sich die polizeilichen Protestforscher den "Wiener Korporationsball" Ende Januar in der Wiener Hofburg ausgeguckt. Das jährliche Großereignis von Rechtsextremen und Burschenschaften kann nur gegen teilweise heftigen Widerstand von Demonstranten durchgesetzt werden. Auch für 2011 bereitet ein Bündnis wieder Proteste vor. Die Beobachtung der Aktionen gegen die rechtsextreme Veranstaltung war von den österreichischen GODIAC-Projektpartnern vorgeschlagen worden.

Noch ist laut Ansgar Burchard nicht einmal die Feldstudie beim Castor-Transport ausgewertet. Endgültige Ratschläge für eine "Best Practice" sind also vorläufig nicht zu erwarten. **In Kenntnis früherer polizeilicher Analysen rund um "Major Events" drängt sich der Verdacht auf dass es wieder nicht um die Durchsetzung des Demonstrationsrechts geht, sondern um dessen Einschränkung.** Wir können also gespannt sein, welches Alleinstellungsmerkmal der polizeilichen Handhabung des Castor-Widerstands seinen Weg in die GODIAC-Empfehlungen findet oder welchen neuen Feldversuch die beteiligten rumänischen Polizeisoldaten vorschlagen.



Cartoon des Projekts „Fußballfans sind keine Verbrecher“